

gionalen Konfliktfeldern einsetzen; Vietnam und Afghanistan, Nicaragua und Angola lehren es.

Machtpolitik erfordert in wachsendem Maße andere Fähigkeiten. Eine Großmacht kann nur Großmacht bleiben, wenn sie es lernt, sich der Mittel einer entstehenden internationalen Interdependenz in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu bedienen. Vorrang und Abhängigkeiten werden damit sowenig verschwinden wie gegenläufige Interessen und scharfer Wettbewerb, wie soziale Spannungen und Notstände.

Diese Entwicklung bietet aber andere, fruchtbarere Mittel, um geistige, politische, wirtschaftliche und soziale Energien freizusetzen. Sie kann Beziehungen vertiefen und gegenseitige Abhängigkeiten in einem Sinne erzeugen, der Sicherheit und Stabilität so zu begründen vermag, wie sie sich mit Waffen allein nicht mehr erreichen lassen. Dies steht hinter der Internationalisierung der Märkte, aber nicht als kostenloses Geschenk, sondern als eine Chance, und zwar zu neuen, harten Bedingungen, denn sie zwingt jedem Land höchst unbequeme Anpassungsprozesse auf.

In Europa ist unser Zugang zu und unser Bedarf nach den Waffenarsenalen als den traditionellen Mitteln der Macht zwar im einzelnen unterschiedlich, im ganzen aber begrenzt, und so soll es bleiben. In diesem Felde können und wollen wir mit den Supermächten nicht konkurrieren. Unsere Freiheit freilich brauchen wir, und wir müssen sie schützen. Auch wenn Kriege nicht mehr zu führen sind, sie zu verhüten bleibt unsere Aufgabe.

Wir Europäer müssen, wir können und wir wollen es aber mit den Supermächten in der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit aufnehmen.

– Wir müssen es, wenn wir Herren unserer zukünftigen Geschichte bleiben wollen.

– Wir können es, denn unsere Zahl, unsere technischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten, unsere Bildung und Ausbildung und unsere gesellschaftliche Stabilität brauchen keinen Vergleich zu scheuen.

– Wir wollen es, denn eine wachsende internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Abhängigkeit sichern den Frieden anders und besser, als allein militärische Macht im Atomzeitalter es vermöchte. Sie bewegen die innenpolitischen Spannungen weg von fruchtloser Konfrontation und hin zu Offenheit, zu gemeinsamen Einsichten und Zusammenarbeit.

Für uns im eigenen Land wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, die internationalen Einflüsse richtig zu erkennen und zu nutzen. Jedes Land muß sich um seiner Wettbewerbsfähigkeit willen gewaltig anstrengen, ganz gewiß auch wir. Wachstum, Strukturanpassung, Beschäftigung gehören dazu. Schutz vor der Außenwelt wird es nicht geben. Wer den Kostenvergleich verdrängt, schaltet sich selbst aus.

Wer aber die Qualität der humanen Rahmenbedingung für die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe und unserer Volkswirtschaft verkennt, wird es mit Kosten allein auch nicht schaffen. Freiheit, berufliche Erfüllung und Erfolg der Person sind eng verknüpft mit dem Klima im Gemeinwesen. Wachsende Spannungen und eine erkaltende un-solidarische Atmosphäre wären kein akzeptabler Preis für sinkende Kosten.

Hier geht es nicht darum, harten rechnerischen Tatsachen sentimentale Gefühle gegenüberzustellen. Vielmehr gebieten Erfahrung und Vernunft die Einsicht in den untrennbaren Zusammenhang von menschlichem Klima und Leistungsfähigkeit, von offener Bereitschaft zur Zusammenarbeit und eigenem wohlverstandenen nachrechenbarem Interesse ...

Verdirbt politische Pluralität den Katholizismus?

Anmerkungen zu einem wenig diskutierten Thema

Wie pluralistisch ist der deutsche Katholizismus gegenüber Weimar und den Anfängen der Bundesrepublik eigentlich geworden? Was hat sich strukturell verschoben? Was bildet sich wo und wie an neuen Artikulationsformen heraus? Friedhelm Hengsbach, Sozialethiker in St. Georgen/Frankfurt, trug auf der diesjährigen Sozialethikertagung in Mönchengladbach (12.–14. Mai) eine Skizze der eingetretenen Veränderungen vor und versuchte eine Wertung. Aufjense Skizze geht der folgende Beitrag weitgehend zurück. Wir halten ihn für geeignet, eine längst überfällige Diskussion über die politischen Wandlungen im deutschen Katholizismus in Gang zu bringen.

Hanssler bereits für den Anfang der 60er Jahre registriert. Ende der 80er Jahre ist die Pluralität des Engagements katholischer Christen in der Politik eine unbestrittene Tatsache. Ich will versuchen, sie exemplarisch zu beschreiben, zu erklären und zu bewerten.

Wie sich Katholizismus politisch heute darstellt

Die Vielfalt des politischen Engagements katholischer Christen bezieht sich auf ein Spektrum von Parteien, die von Katholiken gewählt werden bzw. für Katholiken wählbar sind. Wenngleich kirchliche Amtsträger in regelmäßigen Abständen linke bzw. alternative Parteien als für

Ein „dumpfer pluralistischer Wille“, ein „Pluralisierungsprozeß im deutschen Katholizismus“ wurde von *Bernhard*

Katholiken nicht wählbar erklären, zeigt das tatsächliche Wahlverhalten der Katholiken, daß sich doch hinreichend viele Kirchenmitglieder in dieser Frage ein eigenständiges Urteil zutrauen. Und wenngleich die Konfessionszugehörigkeit bis in die 80er Jahre hinein ein entscheidender Faktor des Wahlverhaltens der Deutschen geblieben ist, insofern Katholiken erheblich mehr als Protestanten dazu neigen, die Unionsparteien zu wählen, und kirchentreue Katholiken im ländlichen Raum über Jahrzehnte hinweg an die CDU/CSU gebunden bleiben, wird die CDU-Präferenz beim neuen Mittelstand, bei der jüngeren Generation, bei Personen mit hohem Bildungsgrad oder geringer Kirchenbindung mehr und mehr brüchig. Unter den CDU-Wählern wächst der Anteil der kirchenfernen Protestanten, sinkt der Anteil der kirchentreuen Katholiken. Unter den FDP-Wählern haben die Katholiken die Protestanten eingeholt. Und die Grünen finden ihre Sympathisanten unter kirchentreuen jüngeren Katholiken wie Protestanten. Neben dem Wahlverhalten, das die konfessionellen Hochburgen der CDU/CSU und der SPD abschleift, ist das Aufrücken von Katholiken in Spitzenstellungen der SPD, der Gewerkschaften und bei den Grünen erwähnenswert, das immer weniger als exotisch empfunden wird. Außerdem haben sich katholische Christen in der SPD und bei den Grünen zu Initiativgruppen und Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen. Und schließlich waren auf den letzten Katholikentagen die Repräsentanten der Bundestagsparteien – allerdings unter Ausschluß der Grünen – gleichrangig vertreten.

Ein *ökumenisches Spektrum* ist für zahlreiche katholische Verbände selbstverständlich, mehrere Initiativen und Verbände zielen es ausdrücklich an. Der Caritasverband arbeitet mit dem Diakonischen Werk zusammen. Gruppen in den Linksparteien sowie die Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kollegen im DGB sind transkonfessionell organisiert. Jugendverbände sind ökumenisch offen, die Initiative „Kirche von unten“ sowie der konziliare Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind erklärtermaßen ökumenisch angelegt. Die überwiegend jugendlichen Teilnehmer respektieren zwar das abweichende Profil der Katholiken- und Kirchentage, ohne es als konfessionelle Fremde zu empfinden.

Kirchliche Verbände und Initiativen bilden ein weites Spektrum, das über die Abgrenzungsmuster Jüngere/Ältere bzw. Männer/Frauen hinaus abweichende Sozialstrukturen und Adressatenkreise widerspiegelt. Am jeweiligen Rand der Sozialverbände stehen die Christliche Arbeiterjugend und der Bund Katholischer Unternehmer. Die Deutsche Bischofskonferenz, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und das Bonner Büro, bischöfliche Hilfswerke und Zentralstellen, in Grenzen auch die Caritasverbände haben einen eher amtlichen Charakter, während Jugendverbände, Arbeitskreise, Initiativen wie der „Katholikentag von unten“ oder die Basisgemeinden, zum Teil auch Pax Christi, eher als eigenständige Bewegungen zu charakterisieren sind.

Das abweichende Praxisverständnis sowie die unter-

schiedlichen Organisationsformen bilden ein letztes Spektrum politischen Engagements. Die Verbände (KAB, Kolping) suchen demokratische Willensbildung von unten mit zentraler Entscheidungsbefugnis der Repräsentanten zu vereinen; ihre Spitzenkräfte sind oft noch personell mit den Unionsparteien verklammert. Auf der anderen Seite ist der „Katholikentag von unten“ eine lose Sammlungsbewegung, die 200 Regionalgruppen vereint. Ein bischöfliches Hilfswerk wie Misereor gleicht einer parafiskalischen Behörde, während Eine-Welt-Gruppen, die am verkaufsoffenen Samstag in der Fußgängerzone ihren Stand mit Nicaragua-Kaffee aufschlagen und Flugblätter verteilen, durch einen gemeinsamen Lebensstil und gemeinsame Lernprozesse zusammengehalten werden. Das Bonner Katholische Büro organisiert ein Dialogprogramm mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft, während Betriebsseelsorger und Gemeindepfarrer sich mit Belegschaften solidarisieren, die von Betriebsstillegungen betroffen sind. Katholische Sozialethiker veranstalten in Lateinamerika Seminare über die Prinzipien der Katholischen Soziallehre, während Ordensleute für den Frieden vor einem Atomwaffenlager im Hunsrück Mahnwachen abhalten.

Das katholische Milieu fällt auseinander

Die Pluralität des politischen Engagements von Christen/Katholiken ist eine unabweisbare Tatsache. Wie ist sie zu erklären und zu deuten? Dazu zwei Hypothesen über das katholische Milieu und das Gewicht gesellschaftlicher Institutionen.

Das sogenannte katholische Milieu ist zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus regionalen Impulsen in München, Mainz und Köln hervorgegangen. Bereits im Vormärz gewannen die Katholiken ein neues Selbstbewußtsein gegenüber der protestantischen Mehrheit und dem preußischen Staat, das sich 1848 parallel zu den liberalen Forderungen, obrigkeitliche Bevormundung und Unterdrückung zu beseitigen und politische Freiheitsrechte zu gewähren, entlud – allerdings in den eher gemäßigten Formen der Generalversammlungen, der katholischen Vereine und der publizistischen Auseinandersetzung. Die Katholiken traten offensiv für die Rechte der katholischen Kirche, für die Bewahrung ihrer eigenen kulturellen Identität, vor allem jedoch für die Freiheit ein, als Deutsche zugleich römisch-katholisch leben zu können.

In der Zentrumsparterie und in den christlichen Gewerkschaften entwickelten die deutschen Katholiken eigene politische Organisationsformen. Während die evangelische Mehrheit liberalen, konservativen und sozialistischen Parteien beitrug, die unbeschadet der Konfessionszugehörigkeit abweichende sozialstrukturelle Interessenlagen und Milieus verkörperten, schlossen sich die Katholiken in einer Partei zusammen, die unter der Klammer einer einzigen Weltanschauung und Kultur sehr verschiedene sozialstrukturelle und regionale Interessen

vereinigte: Dem Zentrum gehörten oberschlesische Großagrarien, rheinische Industrielle und bayrische Adelshäuser, Arbeiter, Angestellte und Beamte, Liberale und Konservative an. Das politische Milieu dieser weltanschaulich geschlossenen und im kleindeutschen Reich als Minderheit ausgegrenzten Subgesellschaft konnte sich gegen die anderen drei sozialstrukturellen Milieus um so besser behaupten, je stärker der Außendruck z. B. während des Kulturkampfes wurde und je entschiedener die Katholiken das Verbot von Mischehen befolgten, in den ländlichen Reservatsräumen blieben oder beim Abwandern in die gefährdeten Städte sich von den christlich-sozialen Vereinen erfassen ließen.

Die katholische Milieubindung lockerte sich jedoch bereits im Kaiserreich. Während 1874 mehr als 80% der wahlberechtigten Katholiken sich für das Zentrum entschieden, waren es 1912 nur noch 54%. Außerordentlichen Zerreißproben war das weltanschauliche Milieu ausgesetzt, wenn sich die sozialstrukturellen und regionalen Gegensätze in den Vordergrund drängten. In Aachen gerieten Anfang der 70er Jahre junge Geistliche, die mit den christlich-sozialen Vereinen sympathisierten, in einen heftigen Konflikt mit dem Wahlverein des Zentrums, weil sie sich für verbesserte Arbeitsbedingungen eingesetzt und streikende Arbeiter unterstützt hatten. In Essen wurde in einer Stichwahl zum Reichstag 1876 der Kandidat des christlich-sozialen Vereins mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen den offiziellen Zentrums-kandidaten gewählt. Das unschlüssige Abwarten der Parteiführung am Ende des Krieges und insbesondere die Friedensresolution des Reichstags 1917 verschärfte die Spannung zwischen den Flügeln der Bürgerlichen und der Arbeiter. So wurde die Partei von den Revolutionseignissen ziemlich überrollt. Nach 1918 dachten rheinische Katholiken daran, das Zentrum zu einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei, die soziale und demokratische Kräfte sammeln sollte, umzugestalten. Aber die Tradition des Zentrums setzte sich am Ende neu durch, wenngleich die weltanschauliche Einheit die sozialen und politischen Spannungen unter den Katholiken immer weniger neutralisieren konnte. Denn einmal erfüllte die Weimarer Reichsverfassung wichtige Freiheitsforderungen des Katholizismus und garantierte allen Religionsgemeinschaften eine gleichberechtigte Stellung. Zum anderen besiegelte die Gründung der Bayerischen Volkspartei die Abspaltung regionaler Interessen; dies wirkte sich schon 1925 aus, als für die Reichspräsidentenwahl der Kandidat Hindenburg gegen den Zentrumsvorsitzenden Marx aufgestellt wurde. Außerdem wanderten auch in der Weimarer Zeit die katholischen Wähler vom Zentrum zu anderen Parteien ab. So gehörte das Zentrum zunächst der „Weimarer Koalition“ an, nahm danach eine Mittelstellung zwischen links und rechts ein, geriet indessen immer mehr in den Sog des nach rechts gleitenden Schwerpunktes der bürgerlichen Parteien, bis sich im Streit um die Beamtenbesoldungsreform 1928 die Polarisierung innerhalb der Partei zuspitzte und mit der Wahl des Prälaten Kaas die sozialpolitische Paralyse der Partei

endgültig war. Die bürgerliche Fraktionsmehrheit hat dann 1933 nach heftiger Debatte erwirkt, daß dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Parteien auf weite Strecken entsprechend der Weimarer Konstellation wiederbelebt. Die vier großen politischen Milieus standen wieder auf: sowohl das liberale als auch das sozialistische Milieu knüpften an die Parteitraditionen an und gründeten die FDP und die SPD, während Katholiken und konservative evangelische Christen sich in der CDU zusammenfanden.

Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und der CDU/CSU markiert einen *doppelten Wandel*. Einmal den Wandel im Verhältnis von katholischem Milieu und Mehrheitspartei. Die CDU/CSU war gleich als milieuübergreifende Partei gedacht. Adenauer dachte nicht an einen „christlichen Missionsverein“, sondern an ein Instrument zur Mehrheitsbeschaffung. Der folgenschwerste Wandel für das katholische Milieu bestand zum anderen darin, daß die Katholiken von ihrem Minderheitenstatus befreit waren. Der Konfessionsproporz der Bundesrepublik ergab ein konfessionelles Gleichgewicht. Für eine defensive Grundhaltung fehlte den Katholiken die gesellschaftliche Grundlage. Außerdem lösten die Flüchtlingsströme die geschlossenen konfessionellen Räume auf. Das Status- und Bildungsgefälle zwischen Katholiken und Protestanten wurde nach und nach eingeebnet, die politische Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten zunehmend selbstverständlich. Die Erosion des katholischen Milieus und die Abschleifung eines konfessionellen Parteienprofils entsprechen also einer geschichtlichen Logik, die in analoger Weise auch für das Arbeitermilieu und die SPD gilt.

Institutionelle Klammern verlieren an Gewicht

Der Gewichtsverlust kirchlicher Verbände, die Legitimationskrise des kirchlichen Amtes und das Unbehagen an der Kirche als Rechtsgebilde läßt sich im Kontext der Funktionsminderung gesellschaftlicher und politischer Institutionen erklären.

Der erste Gewichtsverlust verbandlicher und amtlicher Institutionen hat seinen Grund in der eben geschilderten *Erosion des katholischen Milieus*. Subgesellschaftliche Milieus schaffen sich stabile und wirksame Institutionen, um die sozialen und kulturellen Defizite, die ihren Minderheitenstatus verursachen, zu überwinden. Sie gründen eigenständige, geschlossene Bildungsstätten, Interessenverbände, Kampforganisationen. Sobald jedoch die gesellschaftliche Gleichberechtigung erreicht ist, werden die Kampfverbände überflüssig bzw. verändern ihre Gestalt.

Ein zweiter Gewichtsverlust ist durch den Kontrast von Systemwelt und Lebenswelt sowie durch die Präferenz des unmittelbar Persönlichen hervorgerufen. Funktional gesteuerte Systeme der ausdifferenzierten modernen Gesellschaft entfalten leicht eine Eigengesetzlichkeit, die er-

startt und auf diejenigen Personen bzw. gesellschaftlichen Gruppen, die sie ursprünglich geschaffen haben, entfremdend zurückwirkt, deren Handlungs- bzw. Entscheidungsspielraum einengt. Wirtschaftliche und politische Teilsysteme kolonisieren die überschaubare, emotionale Lebenswelt und zerstören sie gar. Die Angst vor den Systemzwängen einer ausufernden Großtechnik, die umweltgefährlich ist, vor einer Militärplanung, die das Restrisiko der Verwundbarkeit auszuschalten sucht, vor sozialstaatlicher Bürokratie und konsumistischer Marktwirtschaft wird bisweilen als grundlegende Krise der Moderne artikuliert.

Ein dritter Gewichtsverlust trifft insbesondere *repräsentative Systeme*. Die ausdifferenzierten Teilsysteme der Gesellschaft verdanken ihre Funktionstüchtigkeit zum großen Teil dem Grundsatz der Stellvertretung: durch Selektion der Entscheidungsträger können der Zeitdruck und das erhöhte Risiko, unter dem kollektive Entscheidungsprozesse wegen der Vielzahl der Entscheidungsträger und Entscheidungsziele stehen, erheblich vermindert werden. Aber je schneller und effizienter die Entscheidungsfindung der Repräsentanten wird, um so eher vergrößert sich der Abstand der Repräsentanten von denen, die vertreten sind. Die von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossene Basis wehrt sich, der Widerstand gegen Großorganisationen nimmt zu. Das Wissen, daß die Entscheidungen der Vertreter richtig sind, wird geringer eingestuft als das Interesse, selbst an den Entscheidungen beteiligt zu sein.

Das Profil des Engagements wird vielfach transformiert

Ein vierter Gewichtsverlust ist vorwiegend bei *zweckrationalen Organisationen* festzustellen. Benachteiligte Minderheiten haben, um ihren Leidensdruck zu mindern und an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden, Gegenmachtspositionen aufgebaut und sich dabei derjenigen Instrumente bedient, die von den herrschenden Kräften verwendet wurden. Mit Hilfe dieser Instrumente sollten dann die eigenen andersgearteten Ziele verwirklicht werden. Gegen diesen Maßstab, Instrumente allein daraufhin zu prüfen, daß mit ihrer Hilfe das Ziel erreicht wird, ohne Rücksicht darauf, ob sie auch innerlich dem Ziel entsprechen, wenden alternative Gruppen ein, daß zwischen Mitteln und Zielen eine Wechselwirkung bestehe. Das Ziel sei bereits im Mittel gegenwärtig und drücke sich in ihm aus; der Weg sei bereits das Ziel. So verstehen jüngere Menschen kaum, wieso Gewerkschaften sich auf einen hierarchisch strukturierten Apparat stützen, um wirtschaftliche Demokratie zu verwirklichen, und wieso Kirchen eine Rechtsordnung entwickeln, um sich der Gottesherrschaft zu nähern. Das Unbehagen an gesellschaftlichen Systemen sowie die Kritik, daß ihnen eine ethische Qualität fehle, daß sie nekrophile Strukturen der Sünde seien, trifft nicht bloß religiös-kirchliche Sozialgebilde, sondern analog Einrich-

tungen der repräsentativen Demokratie, Parteien, Gewerkschaften und Interessenverbände.

Ein Urteil über die Vielfalt der politischen Präsenz katholischer Christen wird durch eine statische Sichtweise getrübt. Eine dynamische Sichtweise entdeckt, wie das Profil dieses Engagements vierfach transformiert wird.

Ein amtliches Profil wird in eine stärkere Basispräsenz eingebunden: „Was nicht organisiert ist, ist gesellschaftlich nicht existent“, hieß es auf der Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken 1958 in Saarbrücken. So erscheint die Folgerung plausibel, daß die Kirche in einer pluralistischen Gesellschaft und in einer repräsentativen Demokratie, falls sie etwas bewirken will, an die Schaltstellen der politischen und staatlichen Entscheidungsprozesse herantritt. Die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken haben diese Aufgabe übernommen, sie haben die politische Auseinandersetzung wach begleitet, wie es die Liste der Stellungnahmen z. B. zur deutsch-polnischen Versöhnung, zum Schutz des ungeborenen Lebens, zu den gesellschaftlichen Grundwerten, zur Jugendarbeitslosigkeit, zum Terrorismus, Umweltschutz, zur Fremdenangst, zum Frieden und zur Sonntagsruhe belegt.

Diese amtlichen und repräsentativen Stellungnahmen hatten indessen auch ihre Grenzen. Denn einmal klaffen die oft rigorosen Forderungen der Amtsträger und die kompromißbewährte Alltagseinstellung zahlreicher Katholiken in der Bewertung der Ehescheidung, der Sexualität und auch des Schwangerschaftsabbruchs auseinander. Zum anderen war die thematische Sensibilität der Stellungnahmen selektiv. Darüber hinaus hat die personelle Verflechtung des Zentralkomitees mit der CDU dessen Wahrnehmung und Urteil stark eingefärbt. Und schließlich dürften die Wahlhirtenbriefe von 1972, 1976 und 1980, deren parteipolitische Schräglage nicht zu verbergen war, ziemlich gegenproduktiv gewesen sein.

An die Stelle von Parteipolitik treten Aktionen im vorpolitischen Raum

Daß in den letzten 20 Jahren neben das amtliche Profil politischen Engagements eine *eigenständige politische Basispräsenz* getreten ist, kann an den Konflikten zwischen Amtskirche bzw. Zentralkomitee und kirchlicher Basis abgelesen werden. Ein Teil dieser Konflikte kreiste symptomatisch um Linkstendenzen, Wehrdienstverweigerung, Wirtschaftspolitik, Kirchenstruktur. Den Studentengemeinden warf die Bischofskonferenz 1971/72 unter anderem eine zu starke Politisierung der Gemeindearbeit, marxistisch inspirierte Gesellschaftsanalyse und kirchenkritische Einstellung vor. 1975 wurde das schwelende Mißtrauen einzelner Bischöfe und Verbände gegen den angeblich marxistischen Kurs der CAJ offenkundig. Aus dem Jahr 1972 datiert der Konflikt zwischen Zentralkomitee und dem Bund der deutschen katholischen Jugend über den Stellenwert der Wehrdienstverweigerung und des Wehrdienstes; der Dissens brach 14 Jahre später im

Konflikt zwischen Bischofskonferenz und Pax Christi erneut aus. Als Reaktion auf die öffentliche Parteinahme von Betriebsseelsorgern und süddeutscher KAB bei Massenentlassung und Aussperrung sind regionale Gesprächskreise, Dialogprogramme und gar ein Symposium in Rom mit Führungskräften der Wirtschaft und Bischöfen veranstaltet worden. Das Zentralkomitee reibt sich seit Düsseldorf 1982 mit der Initiative „Kirche von unten“ über die Gestaltung des Katholikentages; 1984 forderte es wegen eines Songbuches die Ablösung des Führungsteams der Katholischen Jungen Gemeinde.

Daß die Katholiken ihre Fühler zu den gesellschaftlichen Bewegungen und Subkulturen ausstrecken und so die Wertverschiebungen der Gesellschaft mittragen, daß sie ein gesellschaftliches Engagement im noch nicht verbindlichen, also vopolitischen Raum ausprobieren, scheint mir die berechtigte Antwort auf die Differenz von Politik und Staat, von Parteipolitik und Politik, von Politik und Gesellschaft zu sein. Neben die staatspolitische Präsenz tritt eine *gesellschaftliche Präsenz*. Außerdem artikuliert sich darin auch ein Stück Kritik an der Parteidemokratie, in der die Parteien zu Staatsapparaten wurden, sowie ein Stück Resignation darüber, daß die als tragend angesehenen christlichen Werte, z. B. das Asylrecht, das Lebensrecht der Ungeborenen, die Familie und die Vollbeschäftigung, sich über die Identifizierung der Katholiken mit einer einzigen Partei wohl kaum realisieren lassen.

An die Stelle eines defensiven Profils tritt eine stärker reziproke Präsenz

Eine herausragende gesellschaftliche Präsenz kann den *Caritasverbänden* bescheinigt werden, die sich den aktuellen sozialen Herausforderungen unverzüglich stellen. Politische Dimensionen nimmt diese Präsenz an, wenn die strukturellen Ursachen z. B. der Neuen Armut aufgewiesen werden oder eine Revision der Ausländerpolitik verlangt wird. Die süddeutsche KAB hat durch Mobilisierung ihrer Basis entscheidend dazu beigetragen, daß die Anzahl der Feiertage in Bayern erhalten blieb, während sie zur Zeit eine umfassende Unterschriftenaktion zur Sonntagsarbeit betreibt. Die bischöflichen Hilfswerke Missio und Misereor haben Widerspruch bei kirchlichen Amtsträgern, Koalitionspolitikern und Konzernleitungen hervorgerufen, als sie die Menschenrechtsverletzungen im Sudan, die Unterdrückung der Schwarzen in Südafrika und anrühige Geschäftspraktiken der westdeutschen Pharmaindustrie anprangerten. Das Engagement von Ortsgemeinden in Speyer, Frankfurt und zuletzt in Rheinhausen für die Betroffenen, über deren Köpfe hinweg wirtschaftliche Entscheidungen gefällt wurden, ist politisch wirksam gewesen. Verschiedene Arbeitskreise haben sich mit Memoranden zum Frieden und zur Arbeitslosigkeit in die gesellschaftliche Debatte eingeschaltet.

Die „hermeneutische Revolution“ der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils bestand darin,

daß die Kirche als Glaubensgemeinschaft durch zwei Bezugspunkte – Christus, ihren Ursprung, und die Welt von heute als ihre unmittelbare Erfahrung – charakterisiert ist, daß die geschichtliche Entwicklung der ganzen Menschheit und der Weg der Kirche auf ein Ziel hin konvergieren, daß die Kirche die Zeichen der Zeit im Licht des Evangeliums zu deuten und daß sie in einen sympathischen und kritischen Lebenszusammenhang mit der Welt einzutreten hat. Diese Revolution relativiert ein Wahrnehmungs- und Handlungsmodell, das meint, christliche Grundsätze aus Bibel, vernünftiger Überlegung und kirchlicher Tradition gewinnen zu können, um sie auf eine sich ändernde Situation anzuwenden. Christliche Präsenz in der Politik ist ja nicht im Sinn einer Einbahnregel zu verstehen, die apologetisch oder missionarisch, ohne Rücksicht auf die Lebenslage konkreter Menschen, in die Gesellschaft eindringt, dort alles niederwalzt, was eigenständig gewachsen ist, und dazu mit rigorosen Forderungen Resignation und Verweigerung verbreitet. Die Präsenz der Christen in der Welt ist reziprok, ein Geben und Nehmen; Freude und Hoffnung, Trauer und Angst müssen ja erst angenommen werden, bevor sie geheilt werden können. Erst wenn die Katholiken die neuen sozialen Bewegungen, das ganze „gesellschaftliche Gebrodel“ mit seinen wechselnden Stimmungslagen und Wertverschiebungen ohne Berührungängste an sich heranlassen, es filtern, unterscheiden und umgestalten, kann die Kirche ihren gesellschaftlichen Dienst leisten, Fremdes zu übersetzen und zustimmungsfähig zu machen. Wie sehr diese gesellschaftliche Präsenz bereits wirksam ist, kann an der Dynamik von *Pax Christi* veranschaulicht werden. Die deutschen Gruppen fühlten sich ursprünglich dem Ausgleich mit Frankreich, Polen, Israel und Rußland verpflichtet. Sie waren amtlich und weltweit verklammert. Doch Anfang der 80er Jahre suchten sie eine größere Nähe zur Friedensbewegung, griffen deren Themen, den NATO-Doppelbeschluß, die Raketenstationierung und die Wehrdienstverweigerung, auf und artikulierten in der Feuersteiner Erklärung 1986 ihr gewandeltes Selbstverständnis; diese Erklärung löste einen inneren Streit und einen Konflikt mit den Bischöfen aus. Vergleichsweise hat sich die *Katholische Landjugendbewegung* umorientiert. In Bayern ist der Schulterschuß mit dem Katholischen Landvolk lockerer geworden, während das Bemühen um eine Theologie der Schöpfung, um eine ökologische Theorie und Praxis sowie um ein entwicklungspolitisches Engagement die Zusammenarbeit mit dem „Bund für Umwelt und Naturschutz“ intensiviert hat. Ziemlich problemlos scheinen die Jugendlichen auf dem Katholikentag, erst recht auf dem von unten, ihren Einklang mit Zielen und Wegen der Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung zu empfinden. Daß der Arbeitskreis Feministische Theologie und der Katholische Frauenbund eine faktische, wenngleich formell, personell und inhaltlich abweichende Beziehung zur neuen Frauenbewegung unterhalten, ist anzunehmen.

Das politische Handeln des Christen ist ein komplexes Geschehen, das zwei Dimensionen, die religiöse und ge-

sellschaftliche, die weder identisch noch getrennt, sondern aufeinander bezogen sind, umfaßt. Aber wie sind diese beiden Dimensionen aufeinander bezogen? Früher bezog man die religiöse Dimension auf Gott, die gesellschaftliche auf die Mitmenschen, oder man verstand den Glauben an Gott als Ursache bzw. Grund, die Nächstenliebe als dessen Wirkung bzw. Folge. Das eine konnte vom andern abgelöst werden und ohne das andere existieren.

Dialoge und Lernprozesse

Heute versteht man das politische Engagement als *Ausdrucksform des Glaubens*. Der Glaube ist immer nur in einer Ausdrucksform da, wenngleich er sich in wechselnden Formen äußern kann; ohne Ausdrucksform kein Glaube. Was nun in der politischen Diskussion oft als das „spezifisch Christliche“ bezeichnet wird, ist meistens bloß eine geschichtliche Ausdrucksform des Christlichen, sein in einen sozialen, politischen und kulturellen Komplex eingelebtes Profil, seine Außenansicht. So sprechen wir vom Jüdischen im Christentum, vom konstantinischen Christentum, vom Christentum in Afrika und Lateinamerika. Und wir müßten, wenn wir korrekt sind, vom Christlichen in seiner liberalen, konservativen, sozialistischen und alternativen politischen Ausdrucksform reden. Was ist dann aber das eigentlich Christliche, seine Innenseite? Der Geist Christi, das Pneuma, die eschatologische Gottesherrschaft. Und wie können wir diese Innenseite aufspüren? Im nachhinein, wenn die Kirche durch äußeren Druck zu einer tiefgreifenden Veränderung ihrer politischen Präsenz gezwungen wird. Oder gleichzeitig, indem die abweichenden (partei)politischen Ausdrucksformen des Christlichen einem innerkirchlichen, vom Lebenskontext getragenen Dialog unterstellt werden, so daß die Christen am Ende eines solchen Dialogs staunend feststellen, daß es ein Herr und ein Geist ist, der sie zu einem politischen Engagement in liberalen, bürgerlich-konservativen, sozialistischen, kommunistischen und alternativen Parteien antreibt.

Für die vergangenen zehn Jahre sind mehrere dieser in-

nerkirchlichen Dialoge und Lernprozesse dokumentiert. 1981 hatte der BDKJ ein Grundlagenpapier für Friedensarbeit veröffentlicht, in dem er die Sicherheitsbedürfnisse der UdSSR und den Bedrohungswahn des Westens ansprach und vom Westen graduelle Vorleistungen verlangte. Eine gegensätzliche Position bezog das Zentralkomitee in der Erklärung zur aktuellen Friedensdiskussion. Der Friedenshirtenbrief der deutschen Bischöfe von 1983 versuchte, eine Balance zwischen diesen beiden Standpunkten zu halten. 1986/87 scheint anlässlich der Feuersteiner Erklärung von Pax Christi ein ähnlicher Dialog und Lernprozeß stattzufinden. Die starke ökologische Orientierung junger Katholiken, gerade der katholischen Landjugendbewegung, und die positive Resonanz der Grünen bei ihren Mitgliedern schienen völlig unvereinbar mit der Erklärung des ZdK zur Bundestagswahl 1980. Auch hier übernahm die Bischofskonferenz mit ihrem Wort über die Zukunft der Schöpfung, Zukunft der Menschheit eine Vermittlungsrolle.

Das Engagement der Caritasverbände in der Ausländerarbeit hatte sowohl einzelne Bischöfe zu Initiativen inspiriert – Bischof Wittler schrieb 1981 einen Brief an den damaligen Bundeskanzler Schmidt, Kardinal Höffner veröffentlichte 1982 eine Erklärung über Fremdenangst – als auch die Bischofskonferenz 1984 dazu veranlaßt, vorrangig von der Grundrechtsposition der Ausländer und ihrer Familien her zu argumentieren. Dieser Option widersprachen offen die CDU-Minister und Zentralkomitee-Mitglieder Vogel und Laurien, während ein Entwurf des Zentralkomitees zur Ausländerpolitik 1982 die Interessen des Staates anders gewichtete. Mit ihrem Hirtenbrief von 1984 haben die Bischöfe versucht, zwischen extremen politischen Optionen von Katholiken zu vermitteln.

Verdirbt Pluralität den politischen Katholizismus? Bernhard Hansler ließ es vor zehn Jahren offen, ob sich der Katholizismus im Pluralismus auflöse oder ob Pluralismus nur der denkbar schlechteste Name für eine Metamorphose der Kirche von unabsehbarer Tragweite sei, die eine Verwesentlichung des Christlichen erzwingt. Ich neige zu der zweiten Auffassung. *Friedhelm Hengsbach*

Wenn die Gegensätze zusammengedacht werden

Der Kongreß „Geist und Natur“ in Hannover

Vom 21. bis 27. Mai fand in der zum Congreß-Centrum umbenannten und aufpolierten Hannoveraner Stadthalle ein öffentlicher, internationaler Kongreß zum Thema „Geist und Natur. Welt und Wirklichkeit im Wandel der Erfahrung“ statt. Veranstalter war die erst vor wenigen Jahren gegründete „Stiftung Niedersachsen“, Schirmherr der Veranstaltung der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht. Etwa 1500 Teilnehmer kamen aus diesem Anlaß in die niedersäch-

sische Landeshauptstadt. Wie immer diese Veranstaltung im einzelnen bewertet wurde, als „geistiges Happening“ (Der Spiegel) oder als „angenehmes und gediegenes Ereignis“ (DIE WELT), als Indikator vagabundierender Zeitströmungen war sie allemal interessant.

Zur „Hauptstadt der Philosophen“ rief die große örtliche Tageszeitung in ihrer Pfingstausgabe mit Blick auf den